

»Ein Weltkrieg kann durch Zufall ausgelöst werden«

Für einen Begriff von gemeinsamer Sicherheit: Am Wochenende findet Friedensratschlag in Kassel statt. Ein Gespräch mit Willi van Ooyen

An diesem Wochenende findet in Kassel der 29. bundesweite Friedensratschlag statt. Wie ist die Resonanz nach der coronabedingten Pause?

In den vergangenen zwei Jahre mussten wir den Friedensratschlag virtuell organisieren. Jetzt treffen wir uns zum ersten Mal wieder persönlich, und die Resonanz ist wirklich sehr gut. Wir erwarten über 300 Teilnehmer, es wird richtig voll werden. Der Stand der Anmeldungen ist noch besser als im Jahr 2019.



PHOTO: GÖTTSCHEWITZ/STRAECKER

Das Motto der Konferenz am Sonnabend und Sonntag lautet »Unterwegs zu einer neuen Weltordnung – Weltkrieg oder sozialökologische Wende zum Frieden«. Können Sie das konkretisieren?

Wir befinden uns in einer Umbruchsituation. In der geht es darum, in der Friedensfrage entschieden zu sein. Wir müssen uns auf neue Bedingungen einstellen und uns mit geopolitischen Veränderungen beschäftigen, die zu besorgniserregenden Zuspitzungen führen. Positionen und Ansätze, die für die 70er Jahre prägend waren – ich erinnere an die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, KSZE –, wurden mittlerweile komplett aufgegeben. Militärische Optionen spielen wieder eine entscheidende Rolle.

Uns geht es darum, wieder zurück zu einem Begriff von gemeinsamer Sicherheit zu finden. Ein solcher ist etwa in der Charta von Paris von 1990 formuliert worden, dem Schlussdokument der damaligen KSZE-Sondergipfelkonferenz, das Grundlage für eine neue friedliche Ordnung in Europa sein sollte. Die Sicherheit des Gegenübers sollte genauso wichtig sein wie die eigene. Das ist der zentrale Punkt.

Der Westen sucht unter der Führung der USA zunehmend die Konfrontation mit Russland und China. Wie akut ist nach Ihrer Einschätzung die Gefahr, dass ein dritter Weltkrieg ausgelöst wird?

Das Risiko ist ein Stück weit unkalkulierbar. Ein Weltkrieg kann durch Zufall ausgelöst werden. Wir hatten ja kürzlich den Raketenanschlag auf polnischem Staatsgebiet. Da war schon eine existentielle

Bedrohung spürbar. Das ist ein Punkt, der uns große Sorgen macht: dass es gewollt oder ungewollt zu einer Eskalation kommt.

Beim Friedensratschlag werden sich renommierte Referenten mit der globalen Umbruchsituation befassen.

Ja. Unsere Referenten werden sich bemühen, die augenblickliche Situation zu analysieren. Und zwar zum einen global, aber auch mit Blick auf verschiedene Regionen: Afrika, China oder der Nahen Osten. Es gibt überall dort Konflikte, die deutlich machen, dass es einer Neuorientierung bedarf. Zu Beginn werden Christin Bernhold, Jörg Kronauer, Karin Kulow und Peter Wahl ihre Einschätzungen zur neuen Weltordnung abgeben. Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung wird sich mit den deutschen Großmachtambitionen beschäftigen.

Auf der Konferenz wird auch Heela Nadschibullah sprechen, die Tochter des ehemaligen demokratisch gewählten Präsidenten Afghanistans Mohammed Nadschibullah.

Für uns war sehr wichtig, dass wir nach einjähriger Funkstille das Thema Afghanistan wieder auf die Agenda setzen. Das wollen wir nicht einfach ausblenden.

Zum Ukraine-Krieg gibt es in der Friedensbewegung unterschiedliche Positionen. Wie verhalten Sie sich dazu?

Wir vom Friedensratschlag nehmen da eine klare Position ein: Es braucht einen Waffenstillstand und Verhandlungen, um eine weitere militärische Eskalation zu vermeiden. Am Sonntag werden wir die Ansätze für Verhandlungslösungen auf einem prominent besetzten Podium deutlich herausarbeiten. Diskussionen werden dann Daniela Dahn, Michael von der Schulenburg, Norman Paech und Michael Müller von den Naturfreunden. Zum Abschluss wird die Linke-Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen über den Zusammenhang von Sozialprotesten und der Friedensbewegung referieren. Ich finde es wichtig, dass beim abschließenden Podium Robert Weifenbrunner von der IG Metall Ostheßen dabei ist. Ohne Gewerkschaften können wir friedenspolitisch nicht vorankommen.

Interview: Kristian Stemmler



Probearm.

Der bundesweite Warnrat am Donnerstag ist nach vorläufiger Bewertung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) erfolgreich verlaufen. Um 11 Uhr hatte das BBK einen zuvor angekündigten Alarm ausgelöst, um die Warnsysteme für den Katastrophenfall zu testen. Dazu wurde eine amtliche Testwarnmeldung als Nachricht auf Mobiltelefone, über Warn-Apps und Medien verbreitet. In zahlreichen Städten wurde die Testmeldung auch auf Anzeigetafeln im Stadtbild eingespielt oder Sirenenalarm ausgelöst. (jw)

Mehrere Gipfeltreffen

Chinas Präsident Xi Jinping bei Verhandlungen in Riad

Beim Auftakt einer Reihe chinesisch-arabischer Gipfeltreffen kam Chinas Präsident Xi Jinping am Donnerstag in der saudischen Hauptstadt Riad mit König Salman bin Abdulasis und Kronprinz Mohammed bin Salman zusammen. Konkrete Ergebnisse wurden bis jw-Redaktionschluss nicht bekannt; vorab hatten saudische Medien berichtet, man bereite Handels- und Investitionsvereinbarungen im Wert von fast 30 Milliarden US-Dollar vor.

Der saudisch-chinesische Handel boomt, schnellte im vergangenen Jahr um 30 Prozent auf 87 Milliarden US-Dollar in die Höhe. China ist bereits Saudi-Arabien größter Handelspartner, während Riad Beijings wichtigster Erdöllieferant ist, jüngst freilich wegen der Verwerfungen durch den Ukraine-Krieg zeitweise abgelöst durch Russland.

Weitere neue Vereinbarungen wurden von den Gipfeltreffen zwischen China und dem Golfkooperationsrat (Gulf Cooperation Council, GCC) sowie zwischen China und den arabischen Ländern erwartet, die – organisiert von Saudi-Arabien – an diesem Freitag in Riad stattfinden sollen. Beide Gipfel sind die ersten ihrer Art. Anlässlich eines Vorbereitungstreffens der sechs GCC-Außenminister am Mittwoch hieß es in arabischen Medien, der Zusammenschluss sei gewillt, die Beziehungen vor allem bezüglich Handel und Entwicklung voranzutreiben. Beobachter spekulierten, ob das Freihandelsabkommen zwischen China und dem GCC, über das seit geraumer Zeit verhandelt wird, Fortschritte mache. Auch eine Umstellung der Bezahlung von Öl- und Gaslieferungen vom US-Dollar auf den

chinesischen Yuan galt als ein grundsätzlich denkbarer Schritt.

Chen Weiqing, Chinas Botschafter in Saudi-Arabien, teilte vorab mit, bei den Gipfeltreffen mit dem GCC sowie mit den arabischen Staaten solle die Kooperation auf einer ganzen Reihe von Feldern ausgeweitet werden, etwa bei Energie, Nahrungssicherheit, »grüner« Entwicklung und bei der Förderung der Jugend. Chen stufte die Zusammenkünfte sowie die Gipfeltreffen, die Xi in diesen Tagen in Riad absolviert, als »ein bedeutendes historisches Ereignis in der Geschichte der chinesisch-arabischen Beziehungen« ein. Sie finden in einer Zeit statt, in der der Einfluss der Vereinigten Staaten in der arabischen Welt zusehends schrumpft.

Jörg Kronauer

■ Siehe Kommentar Seite 8

NACHRICHTEN

Kroatien tritt 2023 dem Schengen-Raum bei

Brüssel. Der Weg für den Beitritt Kroatiens zum Schengen-Raum ohne Grenzkontrollen ist frei. Darauf verständigten sich die zuständigen Minister am Donnerstag bei einem Treffen in Brüssel. Für die Aufnahme von Bulgarien und Rumänien gab es dagegen nicht die notwendige Einstimmigkeit. Die BRD hatte sich dafür stark gemacht, alle drei Länder aufzunehmen. Die Kontrollen an den See- und Landgrenzen Kroatiens zu anderen Schengen-Staaten sollen nun bereits Anfang des kommenden Jahres wegfallen. Mit der Entscheidung von Donnerstag steht die erste Schengen-Erweiterung seit mehr als zehn Jahren bevor. (dpa/jw)

Iran: Erste Hinrichtung wegen Protesten

Teheran. Im Iran wurde nach Angaben von Staatsmedien erstmals seit Beginn der Massenproteste vor annähernd drei Monaten ein Demonstrant hingerich-

tet. Der Mann sei Ende September in Teheran verhaftet worden, berichtete die Nachrichtenagentur IRNA am Donnerstag. Ein Gericht in der Hauptstadt Teheran habe ihn gemäß islamischer Rechtsauffassung wegen »Kriegführung gegen Gott« zum Tode verurteilt. Demnach wurde ihm zur Last gelegt, ein Mitglied der Basidsch-Miliz mit einer Waffe angegriffen, Schrecken verbreitet und eine Straße blockiert zu haben. (dpa/jw)

Tod bei Polizeieinsatz: Anklage gegen Beamte

Ludwigshafen. Rund sieben Monate nach dem Tod eines 47-jährigen bei einem Polizeieinsatz in Mannheim hat die dortige Staatsanwaltschaft Anklage gegen zwei Polizisten erhoben. Die Behörde wirft einem von ihnen Körperverletzung im Amt mit Todesfolge vor, berichtete die Rheinpfalz am Donnerstag. Er sei mit überzogener Härte gegen den psychisch kranken Mann vorgegangen. Dem zweiten Polizisten wirft die Staatsanwaltschaft fahrlässige

ge Tötung durch Unterlassen vor, weil er seinen Kollegen nicht aufgehalten habe. Wegen der Fixierung und des Nasenblutens infolge von Faustschlägen eines der Beamten habe der bäuchlings am Boden liegende Mann nicht mehr atmen können. (AFP/jw)

Rheinmetall erhält Auftrag von Bundeswehr

Düsseldorf. Der Rüstungskonzern Rheinmetall hat von der Bundeswehr einen Auftrag über die Lieferung von Munition für den Schützenpanzer »Puma« erhalten. Insgesamt liege das Ordervolumen bei 600.000 Schuss für 576 Millionen Euro, wie der Düsseldorf-Konzern am Donnerstag mitteilte. Die ersten rund 25.000 Patronen würden noch in diesem Jahr abgerufen. Die Maschinenkanonenmunition sei auch als Vorrat für die schnelle NATO-Eingreiftruppe vorgesehen. Im Haushalt 2023 sind Ausgaben von 1,125 Milliarden Euro nur für Munitionsbeschaffung vorgesehen. (Reuters/jw)